



Bulletin Europäische Seniorenpolitiken Januar 2011

Themenübersicht

- **Bulletin Europäische Seniorenpolitiken**
[zum Artikel](#)
- **Konzept "Monitor Europäische Seniorenpolitiken"**
[zum Artikel](#)
- **Nationale Zuständigkeiten - Politiken für ältere Menschen**
[zum Artikel](#)
- **Gute Beispiele aus den Mitgliedsstaaten**
[zum Artikel](#)
- **Gastkommentar**
[zum Artikel](#)
- **Neue Themen - Politiken für ältere Menschen**
[zum Artikel](#)
- **Impressum**
[zum Artikel](#)

Bulletin Europäische Seniorenpolitiken

Im Zuge des Demografischen Wandels sind die Regierungsverantwortlichen auf nationaler wie auf europäischer Ebene dazu aufgefordert, die gesellschaftlichen Veränderungen in Folge der Bevölkerungsalterung als Querschnittsthema in den verschiedensten Politikbereichen (wie z.B. Renten- und Beschäftigungspolitik, Stadt- und Regionalplanung, Familien- und Seniorenpolitik, Bildungspolitik, Engagementpolitik sowie Einwanderungs- und Integrationspolitik etc.) mitzudenken. Die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben unterschiedliche Ansätze und Strategien, mit ähnlichen Fragestellungen umzugehen.

Um im Sinne einer Politikberatung aufzuzeigen, wie andere Mitgliedsstaaten mit diesen Veränderungen umgehen und damit Anregungen für die Weiterentwicklung der Generationen- und Seniorenpolitik in Deutschland geben zu können, verfolgt die "Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa" bereits seit dem Jahr 2010 regelmäßig die Entwicklung von gesellschaftspolitischen Maßnahmen und Politiken im Umgang mit dem Demografischen Wandel auf europäischer Ebene sowie in einzelnen Mitgliedsstaaten.

Mit dem **Monitor Europäische Seniorenpolitiken** wurde ein Recherchekonzept entwickelt, das aktuelle sozialpolitische Maßnahmen und Entwicklungen für ältere Menschen aus deutscher Perspektive in acht Mitgliedsstaaten zu den Schlagwörtern: **Aktives Altern - Altersbilder - Demenz -**

Pflege – Unterstützung pflegender Angehöriger – Dienstleistungen für ältere Menschen – Generationenbeziehungen erfasst.

Das **Bulletin zum Monitor Europäische Seniorenpolitiken** fasst die wichtigsten Ergebnisse der Recherche für Sie zusammen.

Die Autorinnen des Bulletins sind Kathrin Linz und Sabrina Stula.

Informationen über die **aktuelle Seniorenpolitik in Deutschland** finden sie auf dem [Internetportal des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend \(BMFSFJ\)](#).

Konzept "Monitor Europäische Seniorenpolitiken"

Die Idee

Der Umgang mit dem **Demografischen Wandel** stellt alle europäischen Mitgliedsstaaten vor große Herausforderungen: Eine alternde Bevölkerung verändert die Organisation von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. In den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gibt es diverse innovative gesellschaftspolitische Konzepte und Initiativen, um dem Demografischen Wandel positiv zu begegnen.

Mit dem Monitor zu generationen- und seniorenpolitischen Entwicklungen hat die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa im Jahr 2010 ein Instrument entwickelt, mit dem sie regelmäßig im Abstand von vier Monaten über Trends in den Seniorenpolitiken in acht Mitgliedstaaten der EU berichtet, die neue generationen- und seniorenpolitische Maßnahmen umsetzen, aktuelle politische Reformen durchführen und/oder gegenwärtige Hinweise auf neue Themen in der Diskussion zum Demografischen Wandel geben. Zudem soll im Rahmen des Konzepts beobachtet werden, wie die aktuellen Schlagwörter der deutschen Debatten rund um Politiken für ältere Menschen im europäischen Ausland thematisiert werden.

Das methodische Vorgehen

Der Monitor umfasst **Informationen zu Generationen- und Seniorenpolitiken in Dänemark, Finnland, Frankreich, Österreich, Spanien**, in den **Niederlanden**, in der **Tschechischen Republik** und im **Vereinigten Königreich**. Bei den ausgewählten Ländern handelt es sich um Mitgliedsstaaten innerhalb der EU, die bereits in der Vergangenheit durch ihre innovativen Generationen- und Seniorenpolitiken auf sich aufmerksam gemacht haben oder gegenwärtig Reformen in diesem Bereich durchführen.

Die hier dargestellten Erkenntnisse über die Maßnahmen in den EU-Mitgliedsstaaten basieren auf einer Literaturrecherche. Berücksichtigt werden regierungsamtliche Quellen sowie Darstellungen in den Medien. Die Recherche konzentriert sich dabei inhaltlich ausschließlich auf Themen und Initiativen, die im Auftrag der Ministerien auf nationaler Ebene aufgelegt wurden.

Bei der Suche nach neuen Themen und Initiativen auf der Ebene der nationalen Behörden nimmt die Recherche deshalb ausschließlich Politikmaßnahmen, (Gesetzes-)Initiativen und Programme in den Blick,

- 1) die geplant sind oder aktuell umgesetzt werden
 - 2) über die im Moment öffentliche Debatten geführt werden
 - 3) die sich nicht auf regionale Gebietskörperschaften (z. B. Kommunen, autonome Regionen etc.) beschränken.
-

Nationale Zuständigkeiten - Politiken für ältere Menschen

Im Folgenden werden die für Seniorenpolitik zuständigen Behörden und deren Themen aufgeführt. Die Aufzählung umfasst nationale Behörden bzw. Ministerien in den Mitgliedsstaaten **Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Spanien, der Tschechischen Republik** und dem **Vereinigten Königreich**. Die Darstellung basiert auf den Informationen über Themen, die auf den Webseiten der jeweils zuständigen nationalen Behörde oder des Ministeriums dargestellt sind. Stand der Recherche ist Januar 2011.

Die Rechercheergebnisse zeigen, dass in keinem der untersuchten Länder das Wort "Senioren/Seniorinnen" oder "ältere Menschen" im Titel des jeweiligen Ministeriums, das überwiegend für die Seniorenpolitiken zuständig ist, zu finden ist. In den meisten der hier betrachteten Mitgliedsstaaten liegt die Zuständigkeit für seniorenpolitische Themen beim Sozial-, Gesundheits- und/oder Arbeitsministerium.

Die Tabelle steht Ihnen im Pdf-Format auf dem Internet-Portal der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa zum Download zur Verfügung. [Siehe Link!](#)

Gute Beispiele aus den Mitgliedsstaaten

Zu den Themen: Aktives Altern, Altersbilder, Demenz, Pflege, Unterstützung pflegender Angehöriger, Dienstleistungen für ältere Menschen, Generationenbeziehungen

Aktives Altern

In der aktuellen Bestandsaufnahme im Januar 2011 können Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Begriff "Aktives Altern" identifiziert werden, die folgende unterschiedliche Dimensionen und Zielsetzungen umfassen:

Kampf gegen *Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz/Förderung der längeren Lebensarbeitszeit*: Das **Vereinigte Königreich** hat mit "Ageing in the workplace" ein Programm aufgelegt, dessen Ziel es ist, bei Arbeitgebern für good-practice-Standards im Bereich der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/innen zu werben und zu veranschaulichen, wie gewinnbringend die Einstellung und Weiterbildung älterer Arbeitnehmer/innen sein kann.

Weitere Informationen finden Sie im [Programm "Ageing in the workplace"](#).

In **Österreich, der Tschechischen Republik, Frankreich** und **Dänemark** ist der Kampf gegen Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz ein Thema. In Österreich wurde z.B. ein Zertifizierungsprogramm ("Gütesiegel Nestor Gold") aufgelegt, das Unternehmen und Organisationen auszeichnet, die die Potenziale und Bedürfnisse ihrer älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie intergenerationelle Solidarität fördern. Auch in **Dänemark** werden jährlich seniorengerechte Unternehmen mit dem "Senior Practice Award" ausgezeichnet. Darüber hinaus werden in Dänemark Kampagnen zur Förderung einer längeren Lebensarbeitszeit durchgeführt, wie z.B. die Verwaltung einer Datenbank als Informationsportal für Unternehmen, um sich über Praktiken bei der Beschäftigung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu informieren. Zudem hat das **dänische** Beschäftigungsministerium die Kampagnen "Ein paar Jahre extra machen einen Unterschied" ("Et par år ekstra gør en forskel") und "Seniorentalente" ("Seniortalenter") aufgelegt.

Insbesondere **Frankreich** fördert mit der innovativen Gesetzesinitiative "Für die Beschäftigung von älteren Menschen" die Sensibilisierung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für die Integration älterer Arbeitnehmer/innen in ihren Unternehmen. Per Gesetz müssen seit Januar 2010 alle Unternehmen mit mindestens 50 Angestellten einen Aktionsplan zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/innen entwickeln. Können die Unternehmen keinen Plan vorweisen, wird eine Strafbüße fällig.

Weitere Informationen zum Aktionsplan zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/innen der französischen Regierung finden Sie [hier](#).

Förderung von lokalen Strukturen und Dienstleistungen für Ältere: **Spanien** hat sich zum Ziel gesetzt, die Koordination der sozialen Dienste und der Gesundheitsversorgung zu verbessern. Hier geht es u.a. um die Frage, welche Faktoren dazu beitragen, die Umgebung und den Wohnraum jeweils in ländlichen und städtischen Gebieten an die Bedürfnisse von Älteren anzupassen. Die **tschechische Regierung** möchte ebenfalls das Gesundheitssystem im Rahmen ihres nationalen Aktionsplans zum Punkt "Aktives Altern" reformieren. Im **Vereinigten Königreich** wurde 2011 ein neues Programm aufgelegt, das lokale Behörden bei der Verbesserung von Dienstleistungsangeboten für ältere Menschen unterstützen soll.

Altersbilder

Es wird deutlich, dass alle recherchierten Behörden gesellschaftliche Bilder vom Alter(n) mit dem Ziel thematisieren, die Öffentlichkeit für die Potenziale älterer Menschen zu sensibilisieren. Der Begriff "Altersbilder" wird auf den ministeriellen Webseiten meist jedoch nicht genannt. Obwohl einige Länder gezielte Kampagnen auflegen, wird das Thema "Altersbilder" oft nur implizit - also im Zusammenhang mit anderen Themen wie "Aktives Altern" (**Österreich, Frankreich**); Generationensolidarität (**Frankreich**) und gesellschaftlicher Teilhabe Älterer (**Tschechische Republik, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Österreich**), Altersdiskriminierung (**Vereinigtes Königreich**), der Förderung eines gesunden Lebensstils (**Vereinigtes Königreich, Frankreich**) oder Lebenslanges Lernen (**Österreich**) aufgegriffen.

In zwei Ländern werden "Altersbilder" explizit thematisiert: In **Spanien** greift die "Beobachtungsstelle für ältere Menschen" Bilder vom Alter dauerhaft auf. Zudem befasst sich ein Unterkapitel des im Oktober 2010 veröffentlichten Weißbuchs "Aktives Altern" mit dem Zusammenhang zwischen "Medien" und dem "Bild von älteren Menschen" in der spanischen Gesellschaft.

Auch in der **Tschechischen Republik** werden in der Veröffentlichung zum "Nationalen Programm zur Vorbereitung auf die Alterung 2008-2012" Altersbilder im Zusammenhang mit der Verbesserung der Möglichkeiten der Partizipation und der Menschenrechte thematisiert.

Im **Vereinigten Königreich**, in **Spanien**, in **Frankreich** und in der **Tschechischen Republik** möchte man die Altersbilder in der Gesellschaft realistischer und vorurteilsfreier zeichnen. Um das zu erreichen, fördern diese Staaten eine aktive, politische Teilhabe von älteren Menschen (z.B. durch die Unterstützung von Interessenvertretungen und die Bildung von Gremien, die die Belange älterer Menschen in die Politik mit einbringen).

Das **französische** Ministerium förderte im Oktober 2010 die nationale Woche der Rentner/innen und älteren Menschen ("semaine bleue"). Die Kampagne gab den **französischen** Verbänden und Organisationen eine öffentliche Plattform, um für Generationensolidarität zu werben. Die Kampagne wird auch 2011 wieder stattfinden (17. - 23. Oktober 2011).

Weitere Informationen zum französischen Programm finden Sie [hier](#).

Im **Vereinigten Königreich** wurden im Jahr 2009 auf nationaler und regionaler Ebene "Beratungsforen zum Altern" ("Advisory Forum on Ageing") eingerichtet. Ziel der Gremien ist es, die Chancen und Herausforderungen einer alternden Gesellschaft mit Interessenvertretern älterer Menschen zu diskutieren und somit deren Ansichten in aktuelle politische Entscheidungsprozesse einbringen zu können.

Weitere Informationen zum "Advisory Forum on Ageing" finden Sie [hier](#).

Demenz

Alle hier untersuchten acht Mitgliedsstaaten nehmen sich des Themas "Demenz/Alzheimer" an. Einige Staaten weisen "Demenzerkrankungen" als Politikfeld aus und setzen entsprechende Strategien um: In **Frankreich** (Französische Alzheimer Strategie 2008-2012), im **Vereinigten Königreich** (Nationale Demenzstrategie des Vereinigten Königreichs seit 2009), in den **Niederlanden** (Pflegestrategie für Demenzpatienten 2004-2008) und in **Dänemark** (Nationaler Aktionsplan für Demenz seit Dezember 2010). In **Finnland** wird derzeit ein nationales Programm zur Bekämpfung von altersbedingten Gedächtnisstörungen erarbeitet. Im Zentrum der Diskussionen in den Mitgliedsstaaten steht dabei die

die Zunahme an Demenzerkrankungen, die Frage der Finanzierung der steigenden Ausgaben für diesen Bereich, sowie die Förderung der "Demenzforschung".

Die **französische** Alzheimer Strategie hat drei Handlungsachsen, die gleichsam auch die Themen abbilden, die auch in anderen Staaten von großem Interesse sind:

1. Förderung der Forschung
2. Solidarität mit Demenzkranken/Soziale Inklusion durch die Schaffung einer Öffentlichkeit für das Thema
3. Verbesserung der Lebensqualität von Demenzkranken/Verbesserung der Pflegebedingungen.

Weitere Informationen zur französischen Alzheimer Strategie finden Sie [hier](#).

Pflege

Beim Thema Pflege lassen sich mehrere Unterthemen identifizieren. Die Schwerpunktthemen der Debatten unterscheiden sich gemäß der Ausgangslage in den jeweiligen Mitgliedsstaaten zum Teil stark voneinander:

In **Spanien** ist der *quantitative und qualitative Ausbau* im Bereich der Pflege ein Dauerthema. In **Dänemark** sollen Standards und Transparenz dazu beitragen, die Qualität in den Pflegeheimen zu sichern. Auch in **Finnland** soll Qualitätsmanagement flächendeckend in den Pflegeeinrichtungen eingeführt werden. In **Frankreich** sollen Pflegeeinrichtungen sich selbst evaluieren. In **Österreich** wurde ein Fremdbewertungsverfahren in Pflegeheimen eingeführt.

Qualifizierung des Pflegepersonals: In der **Tschechischen Republik** und in **Spanien** gibt es aktuell eine öffentliche Diskussion über die Qualifizierung von Pflegepersonal.

Schutz vor Missbrauch von Pflegebedürftigen: Der Schutz vor Missbrauch ist aktuell Thema in der Tschechischen Republik und in Frankreich.

Palliativpflege: In **Frankreich** wurde ein Programm zur Weiterentwicklung der Palliativpflege für die Jahre 2008-2012 aufgelegt. Mit der "Allocation de fin de vie" wurde 2010 ein Rechtsanspruch auf Beihilfe für einen begrenzten Zeitraum eingeführt, um es Angehörigen zu ermöglichen, einen Sterbenden zu begleiten. Auch in den **Niederlanden** umfasst die "Pflegepolitik 2007-2011" das Thema "Stärkung der Palliativpflege". Ziel ist unter anderem die Einigung auf einen gemeinsamen Rahmen mit dem Titel "Würdevolles Sterben".

Stärkung der Patientenrechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Pflegebedürftigen: Am 10. Juni 2010 hat die **finnische** Regierung das "neue Krankenversicherungsgesetz" verabschiedet. Das Gesetz räumt Patientinnen und Patienten eine größere Mitbestimmung ein, wenn es darum geht, zu bestimmen, an welchem Ort, von welcher Fachkraft und durch welche Einrichtung sie gepflegt werden. Auch in den **Niederlanden** trat im November 2010 ein neues Gesetz mit dem Titel "Patients' Rights (Care Sector) Act" in Kraft, das die Rechte von Patienten und Patientinnen stärken soll. In **Dänemark** wurde ein Gesetz geschaffen, das Pflegebedürftigen ein Recht auf eine/n persönliche/n Ansprechpartner/-in einräumt, sofern diese im eigenen Zuhause gepflegt werden, und welches zudem die Wahlfreiheit bei der Auswahl eines stationären Pflegeheims zusichert. In **Frankreich** wurde die Charta der Rechte von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung verabschiedet.

Unterstützung pflegender Angehöriger

Das Thema "Unterstützung von pflegenden Angehörigen" wird von allen acht untersuchten Mitgliedsstaaten als Bereich erkannt, bei dem großer Handlungsbedarf besteht. Übergeordnetes Ziel dabei ist die Förderung der häuslichen Pflege, bei der die Pflege durch Familienangehörige einen großen Anteil ausmacht. Diese wird in den einzelnen Mitgliedsstaaten durch verschiedene Maßnahmen unterstützt.

Erwerbstätige pflegende Angehörige werden zunächst in vielen Mitgliedsstaaten durch *Arbeitsunterbrechungs- und Freistellungsmodelle* sowie *Möglichkeiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung*

unterstützt (**Österreich, Vereinigtes Königreich, Niederlande, Tschechische Republik**). Zudem sollen pflegende Angehörige durch *Geldleistungen* (Pflegegeld in **Österreich, Dänemark** und den **Niederlanden**), und besondere *Betreuungsangebote*, wie beispielsweise Kurzzeit- und Tagespflege (**Frankreich, Finnland, Dänemark, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Tschechische Republik**) sowie *Informations- und Schulungsangebote* (**Tschechische Republik, Vereinigtes Königreich, Niederlande, Spanien, Österreich**) entlastet werden. Ansätze zur kurzfristigen Bereitstellung von Pflegepersonal in Urlaubszeiten (sog. "Pflege-Ferien") finden sich in **Frankreich** und der **Tschechischen Republik**. Den Fokus auf *Ausbau unterstützender Dienstleistungen und Entlastungsangebote* legen die **Niederlande** und **Finnland**. *Maßnahmen, um auf die Situation pflegender Angehöriger aufmerksam zu machen und diese zu beraten*, gibt es in den **Niederlanden**, in **Spanien**, im **Vereinigten Königreich** und der **Tschechischen Republik**.

Eine umfassende Strategie zur Unterstützung von Pflegenden lässt sich im **Vereinigten Königreich** finden (Carers Strategy). Die überarbeitete Strategie mit dem Titel "[New strategy for carers, Recognised, Valued and Supported - next steps for carers](#)" wurde im November 2010 vorgestellt. Schwerpunkte sind die bessere Unterstützung der Pflegenden mit Hilfe des Einsatzes von Technologien (telecare), Fortbildungsmaßnahmen für Hausärzte, um Pflegende besser unterstützen zu können, Ausdehnung flexibler Arbeitszeitarrangements und Schaffung neuer Arbeitszeitunterbrechungsmöglichkeiten für Pflegende. Auch die britische Anti-Diskriminierungsgesetzgebung wurde im Oktober 2010 auf den Schutz pflegender Angehöriger ausgeweitet. Ausdrückliches Ziel des "Equality Act" ist u.a., insbesondere informell Pflegende besser als bisher vor Diskriminierung zu schützen. Das Gesetz bietet hauptsächlich vor allen Formen der direkten Diskriminierung Schutz, wie etwa der Weigerung eines Arbeitgebers eine/n qualifizierte/n Bewerber/in aufgrund privater Pflegetätigkeit einzustellen.

Hier finden Sie weitere Informationen zur britischen "[Carers Strategy](#)" und zum "[Equality Act](#)".

Dienstleistungen für ältere Menschen

In allen untersuchten Mitgliedsstaaten ist es ein wichtiges Reformziel, älteren Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen zu ermöglichen. Das "nationale Rahmenprogramm für qualitativ hochwertige Dienste für ältere Menschen" in **Finnland** enthält strategische Leitlinien, um die *Qualität und Effizienz* in den Bereichen "Wohlfahrts- und Gesundheitsförderung sowie Service-Struktur", "Personal und Management", "Wohn- und Pflegeumfeld" zu erhöhen. Dabei sollen folgende Zielsetzungen bis zum Jahr 2012 für die Bürgerinnen und Bürger Finnlands im Alter von 75 Jahren erreicht werden:

91-92 % soll es mit Hilfe geeigneter, auf die individuellen Bedürfnisse angepasster Sozial- und Gesundheitsdienste möglich sein, unabhängig im eigenen Haushalt zu leben.

13-14 % sollen regelmäßig häusliche Pflege erhalten.

5-6 % sollen Unterstützung durch informelle Pflege erhalten.

5-6 % fallen in den Bereich einer intensiv betreuten Unterkunft.

3 % sollen in stationären Einrichtungen über einen längeren Zeitraum betreut und gepflegt werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite des finnischen Sozial- und Gesundheitsministeriums](#).

Generationenbeziehungen

Beim Thema "Generationenbeziehungen" koordinieren und finanzieren die nationalen Ministerien meist generationenübergreifende Programme; die Umsetzung der Programme findet vor allem auf regionaler und lokaler Ebene statt. *Altersfreundliche Kommunen* werden in der **Tschechischen Republik** und in **Frankreich** durch nationale Programme gefördert. In **Frankreich** wurde 2009 das Label "*Gutes Altern – Zusammen Leben*" entwickelt. Dieses wird an Kommunen vergeben, die eine beispielhafte lokale Politik für ältere Menschen betreiben und sich um ein gutes Zusammenleben aller Generationen bemühen. Im Februar 2010 wurde das Label an 34 französische Städte vergeben.

Explizit als Politikfeld auf nationaler Ebene werden Generationenbeziehungen nur in **Österreich** thematisiert. Zielsetzung der österreichischen Generationenpolitik ist es, durch die Förderung des Generationendialogs, durch die Unterstützung pflegender Angehöriger und durch die Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabechancen aller Generationen, die Rahmenbedingungen für die Generationensolidarität weiter zu verbessern.

Weitere Informationen finden Sie unter:

Französisches Label "["Gutes Altern – Zusammen Leben"](#) ("[Bien vieillir-Vivre ensemble](#)")

[Österreichisches Ministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zu Generationenbeziehungen](#)

Gastkommentar

Jessie Vendeweyer und **Ignace Glorieux** beschreiben in ihrem Gastkommentar das **Konzept der "beruflichen Freistellung"**, als wichtigen Bestandteil des belgischen Ansatzes, der die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf informell Pflegender erleichtern soll (Vormals erschienen im Newsletter 2/ 2010 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa).

Dieser Gastkommentar steht Ihnen in englischer Sprache im Pdf-Format auf dem Internet-Portal der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa zum Download zur Verfügung. [Siehe Link!](#)

Neue Themen - Politiken für ältere Menschen

Die Auswertung der Monitorrecherche vom Januar 2011 zeigt, dass der Demografische Wandel und die damit einhergehenden gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen in Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Spanien, der Tschechischen Republik und im Vereinigten Königreich als *Herausforderung* (v.a. **in der Frage zur zukünftigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme**) wie auch als *Chance* (**in Bezug auf ein gesundes und aktives Altern und das freiwillige Engagement Älterer**) kommuniziert werden.

Im Januar 2011 wurde die Recherche für den ersten Monitor-Bericht im Jahr 2011 abgeschlossen. Aktuelle Themen und Debatten waren hier vor allem:

Reformen und Strategien für die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme

Durch stetig steigende altersbezogene Ausgaben, und aufgrund der finanziellen Einbußen im Rahmen der Wirtschaftskrise, ist die *Frage nach der zukünftigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme* zentrales Thema und Anlass für Reformdebatten.

Reformen in der Renten- und Pflegepolitik werden in allen untersuchten Mitgliedsstaaten diskutiert. Dabei stehen die Sicherung der Rentenhöhe und der Kampf gegen Altersarmut im Vordergrund. Aktuell soll

beispielsweise in **Spanien** das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht werden. Dieser Schritt wird als wichtiges Signal an Märkte und Investoren gesehen, das verdeutlichen soll, dass die Regierung Reformmaßnahmen in Angriff nimmt, um das hoch verschuldete Land wieder wettbewerbsfähig zu machen. (Quelle: [Frankfurter Allgemeine Zeitung online \(2011\): Renteneintrittsalter in Spanien wird erhöht](#). (Artikel vom 27. Januar 2011). Auch in **Dänemark** soll das Renteneintrittsalter schrittweise auf 74 Jahre erhöht werden und die Möglichkeit zur Frühpensionierung ab 60 Jahren soll in den nächsten Jahren auslaufen. Im **Vereinigten Königreich** und in **Frankreich** gab es bereits 2010 starke öffentliche Diskussionen um die Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Im **Vereinigten Königreich** wird zudem die zukünftige Finanzierung der Pflege und die Reform des Pflegesektors unter dem Stichwort "Delivering Social Care" aktuell debattiert.

Debatte um die englische Pflegereform "Delivering Social Care"

Die Vorgängerregierung hat im Juli 2009 ein Grünbuch zu einer umfassenden Reform des Sektors mit dem Titel "Shaping the Future of Care together" vorgelegt. Vorgeschlagen wurde u.a. eine verpflichtende Abgabe für alle Staatsbürger/innen, um die Finanzierung der ambulanten Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger zu sichern. Daraufhin regte sich großer Widerstand im Vereinigten Königreich; die Abgabe wurde von der Opposition als "Todessteuer" gebrandmarkt. Die Opposition trat für eine freiwillige Absicherung ein, in der der Staat nur einen Teil der Kosten trägt. Im März 2010 gab die Regierung das Weißbuch "Building the National Care Service" mit der Vision eines freien und allgemein zugänglichen öffentlichen Pflegedienstes heraus, in der die strittige Frage der Finanzierung zunächst ausgespart wurde.

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung wurde angekündigt, die Finanzierung der Pflege zu untersuchen und den Pflegektor insgesamt zu reformieren. Zudem wurde eine Kommission beauftragt, die gegenwärtig Reformmöglichkeiten zur Finanzierung des Systems zu untersuchen und im Juli 2011 einen Bericht vorzulegen. Auf Grundlage dieses Berichts will das Ministerium im Herbst 2011 ein Weißbuch vorlegen. (Quelle: [UK Department of Health \(2010\): First step to sustainable care and support system](#) (Pressemitteilung vom 20. Juli 2010).

Im November 2010 veröffentlichte das Ministerium das Papier "A vision for adult social care: Capable communities and active citizens", in dem dargelegt wird, wie die Regierung den Bereich reformieren möchte. Zentrale Elemente dabei sind **Personalisierung** (größerer Einsatz von persönlichen Budgets), **Unterstützung von pflegenden Angehörigen und eine größere Rolle des Freiwilligenengagements**. Die Pläne sehen u.a. 400 Millionen Pfund für die nächsten vier Jahre vor; es soll zu einem flächendeckenden Einsatz von persönlichen Budgets bis 2013 kommen und mehr Arbeitszeitunterbrechungsmöglichkeiten für Pflegende geben. Vorgesehen ist auch ein Budget von drei Millionen Pfund, um das Freiwilligenengagement in diesem Bereich zu beleben. (Quelle: [BBC online \(2010\): Social care everyone's responsibility](#) (Artikel vom 16. November 2010).

In **Frankreich** war das Thema "**Pflege und Hilfe für ältere Menschen**" einer der fünf Reformschwerpunkte des Premierministers im Jahr 2010. Über die Absicherung des Risikos "Pflegebedürftigkeit" wird nun im Jahr 2011 landesweit diskutiert. Hierzu wurden interministerielle Arbeitsgruppen eingerichtet; darüber hinaus sollen Anfang April 2011 regionale Konferenzen organisiert werden. Im Juli sollen die Ergebnisse der Debatte schließlich durch den Präsidenten bekannt gegeben werden. (Quellen: [Le Figaro online \(2010\): Elysée: Les cinq chantiers prioritaire de 2010](#) (Artikel vom 01. Januar 2010); [Ministère français des Solidarités et de la Cohésion Sociale \(2010\): Les orientations du ministère des solidarités et de la cohésion sociale pour 2011](#) (Pressemitteilung vom 6. Januar 2011).

Das im Oktober 2010 in **Spanien** erschienene Weißbuch "Aktives Altern" setzt den Fokus der Initiative auf den Ausbau und die Verbesserung der Koordination der Sozialen Dienste, Pflege und der Gesundheitsversorgung. In der **Tschechischen Republik** wird ebenfalls die Reform der Altenheime thematisiert.

Gesund, aktiv und selbstbestimmt sein im Alter

Viele Maßnahmen in den Ländern zielen darauf ab, die Gesundheit der älteren Generation möglichst lange zu erhalten, damit ein "gutes" und selbstbestimmtes Altern möglich ist. Gesunde und aktive ältere Menschen werden in den Mitgliedsstaaten zunehmend als wichtige Ressourcen für die gesamte Gesellschaft gesehen. Ein wünschenswertes Ziel der Länder ist es daher, ältere Menschen darin zu unterstützen, sich lange aktiv in die Gesellschaft einzubringen und die Lebensphase der (Pflege-) Bedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern. Um einen gesunden Lebensstil bei älteren Menschen zu unterstützen, werden in den Ländern zahlreiche Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen aufgelegt.

"Gesundheit und gesundes Altern" ist eines der fünf strategischen Ziele im Rahmen des "Nationalen Aktionsplans zur Vorbereitung auf die Alterung 2008–2012" der **tschechischen** Regierung. Hierbei ist u.a. der Aufbau eines "nationalen Netzwerks gesunder Städte" ("National Network of Healthy Cities") angedacht. Mit dieser Initiative sollen Rahmenbedingungen für gutes und aktives Altern gefördert und zum Austausch guter Beispiele eine Datenbank angelegt werden. Auch in **Frankreich** wird im Rahmen des Programms "Gutes Altern" die Entwicklung von Präventionsstrategien gefördert. In **Dänemark** hat jede/r Bürger/-in über 75 Jahre, der/die alleine zu Hause lebt, Anspruch auf mindestens zwei präventive Hausbesuche im Jahr.

Zunehmend werden auch *sportliche Aktivitäten* im Rahmen von nationalen Programmen in **Spanien, Finnland, den Niederlanden, Dänemark**, in der **tschechischen Republik**, im **Vereinigten Königreich** und in **Frankreich** gefördert. Im Großteil der Länder werden diese als Teil von *allgemeinen Gesundheitspräventionsprogrammen* gesehen (**Niederlande, Finnland**: "Fit for living"). **Frankreich** hat einen "Tag der offenen Tür für Senioren/Seniorinnen" bei Sportvereinen initiiert, in den **Niederlanden** sind sportliche Aktivitäten Teil der übergreifenden Strategie "Gutes Altern". In **Spanien** wurden so genannte "Alten-Fitness-Parcours" eingerichtet, die bei den Nutzerinnen und Nutzern auf großen Anklang stießen.

Bürgerschaftliches Engagement und ältere Menschen

In **Dänemark** gewährt das Ministerium für Soziale Angelegenheiten Zuschüsse für Projekte, welche die soziale Inklusion älterer Menschen fördern. Das "Ersatz-Großeltern-Programm" zielt zum Beispiel auf die Unterstützung junger Familien durch Seniorinnen und Senioren ab. Die Unterstützung der Freiwilligentätigkeiten Älterer und die Förderung von Rahmenbedingungen zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen ist eines der Ziele im "**Tschechischen** Aktionsplan zur Vorbereitung auf die Alterung 2008-2012". Im November 2010 veröffentlichte das britische Ministerium das Papier "A vision for adult social care: Capable communities and active citizens", welches die Unterstützung von pflegenden Angehörigen und eine größere Rolle des Freiwilligenengagements thematisiert. Zudem möchte das **Programm "LinkAge Plus" älteren Menschen Zugang zu einer größeren Bandbreite von Dienstleistungen ermöglichen und die Aktivitäten lokaler Behörden, Organisationen und freiwillig Engagierter stärker verbinden**. In **Frankreich** informiert der "**Pass für eine aktive Rente**" - eine Maßnahme im Rahmen der französischen Strategie "Gutes Altern" - über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements älterer Menschen und listet lokale Kontaktadressen zu Verbänden und Organisationen auf. In den **Niederlanden** blickt das freiwillige Engagement auf eine lange Tradition zurück. Bereits im Gesetz zur Unterstützung von chronisch Kranken und Behinderten aus dem Jahr 2007 wird die Bedeutung der Freiwilligentätigkeit im Bereich der Pflege hervorgehoben. Aktuell wird der flächendeckende Einsatz von Freiwilligenkoordinatoren (z.B. durch das "Core Functions Programm") sowohl in ambulanten als auch stationären Einrichtungen, sowie die Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsministerium und Unternehmen der Privatwirtschaft zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und informeller Pflege gestärkt. In **Österreich** zielen die Maßnahmen zum Aktiven Altern ebenfalls auf die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit Älterer ab.

Impressum

Herausgeber:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Hausanschrift: Zeilweg 42, D-60439 Frankfurt a. M.
Postanschrift: Postfach 50 01 51, D-60391 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0)69 - 95 78 9-0, Fax: +49 (0)69 - 95 789 190
Internet: <http://www.iss-ffm.de>

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung der "Beobachtungsstelle für gesellschafts-politische Entwicklungen in Europa" mit Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Die Publikation gibt nicht ohne Weiteres die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt dem Herausgeber bzw. dem/der jeweiligen Autor/in.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Die Beobachtungsstelle ist ein Projekt, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), D-11018 Berlin, gefördert wird.

Die Website der Beobachtungsstelle: <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu>.

Autorinnen:

Kathrin Linz (Kathrin.Linz@iss-ffm.de) und Sabrina Stula (stula@deutscher-verein.de)

Graphische Gestaltung und Programmierung:

active elements GmbH

Auflage:

Diese Veröffentlichung ist nur als PDF unter <http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu> verfügbar.

Träger der Beobachtungsstelle:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.



Deutscher Verein für Öffentliche und private Fürsorge e.V.

Michaelkirchstr. 17/18
D-10179 Berlin
Tel.: 030/62980-0
Fax: 030/62980-140
e-mail: kontakt@deutscher-verein.de
Internet: www.deutscher-verein.de

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V.

(Redaktionelle Verantwortung)
Postanschrift:
Postfach: 50 01 51
D-60391 Frankfurt a.M.

Hausanschrift:
Zeilweg 42
D-60439 Frankfurt a.M.
Tel.: 069/9 57 89-0
Fax: 069/9 57 89-190
e-mail: info@iss-ffm.de
Internet: www.iss-ffm.de